



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

12.01.2023
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Keine Verpflichtungsermächtigungen für den Ausbau der Videoüberwachung**

Einzelplan **03** **Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 01 Bezeichnung Ministerium

Produktnummer 003 Bezeichnung Gefahrenabwehr

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen			

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktenerfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	58.637.600	-1.500.000	57.137.600
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben		57.043.400	-1.500.000	55.543.400

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Die Verpflichtungsermächtigungen für Videoüberwachung werden gestrichen.

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Die geplante massive Ausweitung der anlasslosen Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen stellt einen massiven Eingriff in Grundrechte dar und ist aus Gründen des Datenschutzes nicht hinnehmbar. Die Ausgaben in diesem Bereich sind daher zu streichen.

Wiesbaden, 12.01.23

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske